

Schulszene Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 7-8: **Reformen auf der Sekundarstufe II**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schulszene Schweiz

Ein neues Instrument für die Schweizer Bildungspolitik

Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über ein sehr gutes Ausbildungssystem. Vor allem in der Berufsbildung hält sie eine Spitzenposition inne. Dies geht aus der Publikation «Bildungsindikatoren Schweiz» hervor.

Die Publikation wurde vom Bundesamt für Statistik (BFS) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erarbeitet. Es handelt sich um die erste derartige statistische Arbeit über das Bildungswesen in der Schweiz. Die Publikation präsentiert 47 Indikatoren über den Zustand des schweizerischen Bildungswesens.

Aus den Bildungsindikatoren lässt sich beispielsweise ableiten, dass rund ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung – 1,3 Millionen Personen – die Schulbank drückt. Ebenfalls ein Fünftel der gesamten öffentlichen Ausgaben der Schweiz, rund 15 Milliarden Franken, flossen 1989 ins Bildungswesen; davon trugen Kantone und Gemeinden 13 Milliarden. Bei den meisten anderen OECD-Ländern trägt der Zentralstaat die Hauptlast der Bildungskosten.

Im OECD-Vergleich wendet die Schweiz pro Schülerin und Schüler rund doppelt so viel Geld für Bildung auf wie seine Nachbarländer, erläuterte Heinz Gilomen, Chef der Abteilung Gesellschaft und Bildung im BFS. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt die Schweiz punkto Bildungsausgaben etwa im Mittelfeld.

Männer privilegiert

Vier von fünf Personen in der Schweiz besuchen laut den Bildungsindikatoren nach der obligatorischen Schulzeit eine weitere Ausbildung; nur Deutschland und die USA weisen gleich hohe Anteile auf. In der Deutschschweiz überwiegt das Interesse an der höheren Berufsausbildung, in der lateinischen Schweiz jenes am Hochschulstudium. Die höchste Bildungsstufe ist noch weitgehend Männerdomäne.

Wie BFS-Direktor Carlo Malaguerra und EDK-Generalsekretär Moritz Arnet darlegten, sollen mit der Publikation das Bildungswesen transparenter gestaltet und Grundlagen für bildungspolitische Entscheide – etwa in den Bereichen Maturareform, Berufsmatura, Fachhochschulen – geliefert werden.

Einerseits zeigen die Indikatoren Gemeinsamkeiten und Unterschiede der 26 kantonalen Bildungssysteme in der

Schweiz auf, andererseits helfen sie, die Position der Schweiz im internationalen Vergleich zu ermitteln. Auch der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Umfeld mit dem Bildungswesen wird untersucht. Für die folgenden Jahre sind weitere Versionen der Bildungsindikatoren geplant, so dass auch Veränderungen über grössere Zeiträume ersichtlicher werden. Allerdings seien die Indikatoren nur Anzeiger für den Ist-Zustand, nicht Wegweiser in die Zukunft.

Vgl. «Schlaglicht» S. 38!

Neue Leitideen der Diplommittelschulen

Die Diplommittelschulen bieten seit mehr als 20 Jahren – als eine Art mittlere Reife zwischen Gymnasium und Berufsbildung – eine verstärkte Allgemeinbildung und eine Vorbereitung auf bestimmte Berufsfelder an. In der Zwischenzeit sind die Schultypen der Sekundarstufe II in eine Phase beschleunigten Wandels getreten. Die Maturitätsschulen stehen vor umfassenden Reformen, und in wenigen Jahren werden die ersten (technischen) Berufsmaturitäten absolviert.

Im Konzept der höheren Berufsausbildungen sollen in Zukunft zwei gleichwertige Vorbildungen den Zugang zu den geplanten Fachhochschulen ermöglichen: Die *Fachhochschulreife* kann entweder über eine *Berufsmatura* (Berufslehre + Berufsmittelschule, vorwiegend für die technischen und kaufmännischen Berufe) oder über ein allgemeinbildendes Diplom (gymnasiale Maturität oder Abschluss einer 3jährigen *Diplommittelschule* + Praxis, vorwiegend für Berufe der Dienstleistung, der Gesundheit, der Sozialarbeit, der Kunst und der Erziehung) erworben werden.

Im Rahmen der Neuorientierung dieser Schultypen kommen auf die Diplommittelschulen (DMS), zusätzliche Aufgaben zu. Die vom Solothurner Erziehungsdirektor Fritz Schneider präsierte DMS-Kommission hat dementsprechend «Leitideen für die Weiterentwicklung der DMS und deren stärkeren Verankerung im Bildungswesen» ausgearbeitet. Die EDK hat nun beschlossen, die von der DMS-Kommission erarbeiteten *Leitideen* in Vernehmlassung zu geben und aufgrund der Ergebnisse zu prüfen, ob das Profil dieser Schulen anzupassen ist.

Die am 3. Juni 1993 der Öffentlichkeit vorgestellten Leitideen zielen auf eine Verstärkung der bisherigen Schwerpunkte und Stärken der DMS: Persönlichkeitsbildung, Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen,

Kreativität, wirklichkeitsnahe Bildung und selbständiges Lernen. Neu hinzu kommt die Vorbereitung auf die Fachhochschulreife, die über zwischengeschaltete Praktika erworben werden kann. Letztere ist wichtig, weil den DMS-Absolventen und -Absolventinnen die höheren Berufsbildungen im Bereich der Erziehung, der Gesundheit, der Sozialarbeit und der Kunst weiterhin offenstehen müssen, auch dann, wenn diese in Zukunft auf Fachhochschulstufe erfolgen.

«Falsche Opfersymmetrie» im Bildungswesen: LCH warnt vor linearem Sparen

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) zeigt sich in einer Resolution an die zuständigen Behörden besorgt über die seiner Ansicht nach falschen Akzente bei den Sparmassnahmen im Bildungsbereich und warnt vor den sozialen und volkswirtschaftlichen Folgekosten «unreflektierter Opfersymmetrie».

Das Lehrpersonal wolle einen vernünftigen Beitrag an die Sanierung der Staatsfinanzen keineswegs verweigern, schreibt LCH-Zentralsekretär Urs Schildknecht in der Begründung der Verbandsspitze. Doch gehe es nicht an, dass gemäss einer Umfrage des LCH in mehreren Kantonen bereits Stunden reduziert, Klassengrössen erhöht, heilpädagogische und schulische Förder- und Betreuungsangebote liquidiert, Fortbildungskurse gestrichen und Besoldungen eingefroren oder gar gekürzt würden. Die Schule sei kein Profitcenter der Nation, das ausschliesslich marktwirtschaftlich-unternehmerischen Prinzipien gehorchen müsse, gibt Schildknecht zu bedenken. Dass der pädagogisch notwendige Schutz vor Effizienznachweis im Bildungswesen vereinzelt auch Leerlauf oder Missbrauch schütze, gehöre zum Preis dieser politischen Haltung.

Kleinere Klassen – bessere Leistungen

Die vom LCH auf Ende Mai aktualisierte Umfrage bei den Kantonalsektionen habe gezeigt, dass hauptsächlich die *Klassengrössen* im Visier der Sparmassnahmen stünden, schreibt Anton Strittmatter, Chefredaktor der «Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerzeitung», die den Bereich «Sparen in der Schule» zum Thema der neuesten Ausgabe macht. Die allgemeine Erhöhung der Klassenbestände unter dem Motto «Wir waren doch auch 50 in einer Klasse und sind dennoch gut geraten» sei angesichts völlig veränderter soziokultureller Klassenzusammensetzungen der falsche Weg, zeigt sich Strittmatter überzeugt. Eine adäquate Förderung von Minder-, aber auch Hochbegabten erfordere differenzierte Lehr- und Lernformen wie Gruppen-, Werkstatt- oder Projektunterricht sowie individuelle Lernverträge und -kontrollen; solcherlei anspruchsvoller Unterricht, so Strittmatter, sei bei Klassengrössen mit deutlich über 20 Schülern kaum mehr zu praktizieren.

Strittmatter spricht sich zudem angesichts negativer Erfahrungen im Ausland klar *gegen* eine *lohnmassige Schlechterstellung* der Lehrkräfte aus. Dadurch wachse die ohnehin schon fortgeschrittene «Feminisierung» des Berufs, würden Nebenerwerbe auf Kosten des schulischen Engagements die Regel und wandle sich der Nachwuchs von leistungswilligen Pädagogen zum Berufstyp «soft and social», warnte der Erziehungswissenschaftler.

«Intelligentes» Sparen unbestritten

Im Zuge einer «intelligenten Mittelverteilung» regt Strittmatter an, Gelder nur dort zu investieren, wo bessere Schulqualität resultiert. Kritisch zu hinterfragen seien vor allem die Lehrmittelproduktion, der Verbrauch von Schulmaterial, Art und Dauer von Therapien, der Einsatz von Sonderklassen oder Stellvertretungen, das Prinzip der Jahrgangsklassen, die Arbeitsweise von Verwaltungen sowie generell Schulstrukturen und Ausbildungsdauer.

LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp hat seitens des Zentralvorstands eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die über Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Aktionen auf Übereifer beim Sparen im Bildungswesen aufmerksam machen und nach sinnvollen Sparmassnahmen suchen soll. (hag. in: NZZ vom 12./13. Juni 1993)

Blick über den Zaun

Radikale Studienreform geplant

Mit einer radikalen Studienreform und zusätzlichen Milliarden-Investitionen soll die Krise der mit 1,89 Millionen Studenten überfüllten deutschen Hochschulen gelöst werden. Das geht aus einem Abschlussbericht der von Kanzleramt und den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzten Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des «Bildungsgipfels» hervor.

In einer ersten, stärker berufsorientierten Phase soll das Studium auf neun bis zehn Semester begrenzt, der Lehrstoff verringert und die Zahl der Prüfungen eingeschränkt werden. Wer sich ohne Grund nicht rechtzeitig zur Prüfung meldet, gilt als durchgefallen. Bei Fristüberschreitung von mehr als zwei Semestern sind Strafbühnen fällig, später folgt die Zwangsexmatrikulation. Die Fachhochschulen sollen stärker gefördert werden. Die zweite Studienphase soll der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses einschliesslich der Promotion vorbehalten bleiben.

Mit «Anreizen und Sanktionen» sollen auch die Professoren zu einem verständlicheren Dozieren angehalten werden. Sie sollen künftig alle Vorlesungen wieder selbst halten und ausgefallene Veranstaltungen nachholen. Bei Berufungen sollen nicht nur Forschungsleistungen, sondern auch die Lehrfähigkeit Gewicht erhalten. (Frankfurter Rundschau, 1. 6. 1993)